Antrag an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus, am 13.05.2013 zur Vorberatung eines Appells, welcher im Kreistag am 15.07.2013 verabschiedet werden soll

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus empfiehlt:
Der Kreistag möge folgenden Appell beschließen.

1. Der Kreistag unterstützt den Appell „Jugend braucht Zukunft“
2. Der Kreistag bittet den Landrat, sich bei den kreisansässigen Unternehmen mit Nachdruck, dafür einzusetzen,
 - dass innerhalb des Kreises Mettmann ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, so dass alle Schulabgänger versorgt werden
 - dass Unternehmen, welche nicht ausbilden, dieses durch eine Ausbildungsplatzumlage kompensieren
 - dass Lehrlinge nach erfolgreicher Ausbildung in den Arbeitsmarkt integriert und übernommen werden

Begründung:

Auf dem Ausbildungsmarkt suchen jährlich zehntausende Schulabgängerinnen und -abgänger bzw. Ausbildungsinteressierte vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Noch nicht einmal jedes vierte Unternehmen bildet aus. Dieser Mangel an (betrieblichen) Ausbildungsplätzen hat dazu geführt, dass jährlich hunderttausende junge Menschen in Warteschleifen des sogenannten Übergangssystems landen und mittlerweile 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die berufliche Perspektive dieser jungen Menschen ist schlecht.

Auf den Kreis Mettmann heruntergebrochen bedeutet das, fast 1000 Bewerber mehr als Ausbildungsplätze. Das rechnerische Angebot ist damit von 78 auf 70 % gesunken (siehe Bericht Arbeitsagentur Kreis Mettmann, Presseinfo 134/2012 vom 5.11.2012).

Gleichzeitig werden auch im Kreis Mettmann nur ein Drittel aller jungen Fachkräfte nach der Ausbildung übernommen, ein Drittel landet in befristeten Arbeitsverträgen und ein Drittel wird arbeitslos!

In solchen Verhältnissen können junge Menschen ihre persönliche Zukunft nicht aussichtsreich planen, können keine Familien gründen oder andere Lebenspläne schmieden.

Hier auf eine Verbesserung durch demografischen Wandel in 10 - 15 Jahren zu hoffen, ist für die jetzige Situation keine Lösung.

Es geht nicht nur um Zahlen, sondern um Schicksale von Menschen, die ihr Leben noch vor sich haben. Viele Auszubildende werden als billige Arbeitskräfte missbraucht, die fachliche Anleitung ist mangelhaft und Ausbildungspläne werden nicht eingehalten. Die Vergütung der Ausbildung reicht in einigen Branchen nicht einmal für den Lebensunterhalt, viele schulische Ausbildungen kosten sogar Gebühren. Davon sind insbesondere Frauen betroffen, etwa in den Berufen des Gesundheitswesens. Junge Migrantinnen und Migranten haben trotz gleicher Qualifikationen geringere Chancen auf eine Ausbildung.

Die Berufswahl prägt den Lebensweg wie kaum eine andere Entscheidung. Die Politik muss deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Menschen ihre Berufswünsche auch verwirklichen können! Freiwillige Selbstverpflichtung hat noch nie funktioniert!

Das Recht auf existenzsichernde Zukunft für alle jungen Menschen muss daher auf allen Ebenen seitens der Politik eingefordert werden!

Gez. Ilona Küchler
(Fraktionsvorsitzende)